

Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragstellerin Abg. Birgit Obermüller)

betreffend: Landeskinderkrippen und Landeskindergärten etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle des Tiroler Kinder Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes vorzulegen, durch welche dem Land Tirol die gezielte finanzielle Unterstützung bei Errichtung und Betreibung öffentlicher Landes-Kinderkrippen und Landes-Kindergärten ermöglicht wird, um den Turbo für ein ausreichendes Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsangebot zu zünden.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Für die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten sind grundsätzlich Gemeinden zuständig. Auf diese kamen in den letzten Jahren immer höhere Kosten zu, da sie auch zuständig sind für die Bereitstellung von Schulassistent:innen und Freizeitpädagog:innen in den Schulen. Viele Bürgermeister:innen schieben den Ausbau von Kinderkrippen und Ganztageskindergärten nach Möglichkeit hinaus, da sie befürchten, die hohen Kosten nicht mehr tragen zu können, trotz Aussicht auf höhere Fördermittel von Seite des Landes. Deshalb kommt der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in manchen Gemeinden und Regionen nicht voran. Neben privaten Trägern und Gemeinden als Träger können auch die Bundesländer selbst Verantwortung übernehmen und Kinderkrippen und Kindergärten etablieren und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Das Land Niederösterreich nimmt hinsichtlich Kindergärten eine Vorreiterrolle ein, da es über 1000 landeseigene Kindergärten betreibt. (Daneben gibt es noch eine kleine Anzahl an privaten Kindergärten und konfessionellen Kindergärten.) Das pädagogische Fachpersonal wird vom Land bezahlt, Unterstützungskräfte von den Gemeinden. Die Immobilien stellen und unterhalten die Gemeinden. Bei Neubauten werden die Kosten aufgeteilt: 52% übernehmen Gemeinden und 48% das Land.

Das Land Tirol könnte genauso neue Landes-Kinderkrippen als auch neue Landes-Kindergärten nach niederösterreichischem Vorbild etablieren, um schneller ein flächendeckendes Angebot von Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

Aktuell stehen einige Eltern vor der Herausforderung, im Herbst 2024 keinen Kinderkrippen- oder Kindergartenplatz für ihr Kind zu erhalten. In der Landeshauptstadt Innsbruck ist die Lage besonders prekär, da fast 300 Kinder keinen Platz in einem Kindergarten bekommen haben. Diese Situation hat logischerweise große Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt, der nicht tragbar ist.

Innsbruck, am 17.06.2024



Zuzi Obermüller